

**SPD**

Dr. Sascha Raabe
Mitglied des
Bundestages

NEWSLETTER VON DR. SASCHA RAABE

AUSGABE 29 / 2013

Bericht aus Berlin vom 6. Dezember 2013

Verantwortung übernehmen

In den letzten Wochen haben wir, auch ich persönlich, hart mit der Union über den Koalitionsvertrag verhandelt, nun sind die SPD-Mitglieder am Zug. Bis zum 12. Dezember werden sie darüber abstimmen. Derzeit werden landauf, landab Mitgliederversammlungen abgehalten, um vor dem Mitgliederentscheid über den Vertrag zu informieren. Das Interesse an dieser Veranstaltung ist groß, so auch am vergangenen Donnerstag in Hanau, wo wir intensiv über die Inhalte diskutiert haben. Dabei ist klar: Leicht fällt die Entscheidung über eine Große Koalition keiner Genossin und keinem Genossen. Viele, auch ich, hätten lieber eine rot-grüne Koalition gehabt, aber Wahlen sind nun einmal kein Wunschkonzert.

Trotzdem glaube ich, dass wir mit dem erzielten Verhandlungsergebnis sehr zufrieden sein können und jetzt selbstbewusst in die Koalition gehen sollten. Viele Kommentatoren sprechen davon, dass Angela Merkel trotz eines Wahlsieges der Union nun die Kanzlerin einer sozialdemokratischen Regierung wird. Fakt ist: Sehr viele unserer Forderungen aus dem Wahlprogramm vom gesetzlichen Mindestlohn bis zur Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, von der Mietpreisklemme bis zur Entlas-

tung der Kommunen, vom Kita-Ausbau bis zur Pflege haben wir durchsetzen können. Ohne die SPD gäbe es absehbar keine Regulierung der Finanzmärkte, würden der Missbrauch von Leih-, Zeitarbeit und Werkverträgen nicht eingedämmt und der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nicht durchgesetzt. Das alles sind Forderungen, für die wir im Wahlkampf auf die Straße gegangen sind und die wir jetzt nur in konkrete Politik umsetzen können, wenn wir vor der Regierungsverantwortung nicht zurückschrecken.

Und auch wenn ich die Sorgen vieler SPD-Mitglieder verstehe, hielte ich es in Anbetracht des guten ausverhandelten Vertrages für nicht verantwortbar, wenn wir jetzt Millionen Menschen enttäuschen, die auf uns setzen. Die SPD war in ihrer stolzen 150jährigen Geschichte nie ein Selbstzweck, sondern hat sich immer für konkrete Verbesserungen der Lebenssituation der Menschen eingesetzt. Ich bin zuversichtlich, dass sich unsere Mitglieder mehrheitlich dieser Verantwortung stellen und damit unser Land ein Stück sozial gerechter machen.



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Fax: (030) 227 - 76376

Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau

Tel: (06181) 24098

Fax: (06181) 259756

**SPD**

Pressemitteilung des Unterbezirks Main-Kinzig vom 6. Dezember 2013

Chance auf Veränderung

Kavai, Raabe und Degen werben für Koalition mit der Union



Hanau. Mindestlohn, Mietpreisbremse, Rente ab 63 und mehr – „Wir haben richtig gut verhandelt, nicht alles, aber weit mehr als die Hälfte unseres Wahlprogrammes durchsetzen können“, zeigte Bundestagsabgeordneter Dr. Sa-

In einer Informationsveranstaltung in der Gaststätte Sandelmühle im Hanauer Lamboy warben die drei SPD-Spitzen bei den Genossinnen und Genossen aus Hanau und Umgebung im Zuge des Mitgliederentscheides für Zustimmung zum Koalitionsvertrag – mit Erfolg: Nach einer sachlichen und kritischen, selten emotionalen Diskussion zeichnete sich eine deutliche Mehrheit für eine Zweck-ehe mit CDU/CSU auf Bundesebene ab.



scha Raabe die Vorzüge auf. „Wenn wir die Große Koalition ablehnen, werden wir als die Partei in die Geschichte eingehen, die sich vor der Verantwortung gedrückt hat und für lange Sicht von der politischen Bildfläche verschwinden“, verwies Unterbezirksvorsitzender Dr. André Kavai auf die Alternative. Auch der Landtagsabgeordnete Christoph Degen warb für ein Ja zum Koalitionsvertrag. Er forderte die Sozialdemokraten auf, strategische Überlegungen zurückzustellen, um die vielen Millionen Menschen, die jetzt auf das Verhandlungsergebnis der SPD bauen, nicht zu enttäuschen.

„Wir haben eine Wahlniederlage in einen Sieg umgemünzt. Wenn wir Nein zum Koalitionsvertrag sagen, würden wir zwei Gruppen enttäuschen“, sagte Raabe: die 6,8 Millionen Menschen, die zurzeit für weniger als 8,50 Euro pro Stunde arbeiten müssen, und die Älteren, die nach 45 Jahren Beitragszeit die Rente mit 63 brauchen. Noch mehr SPD-Forderungen durchzusetzen, wäre schöner gewesen. Man müsse aber über die Alternativen nachdenken. Bei Neuwahlen sei die Chance dahin, für Millionen Menschen Gutes zu erreichen. „Alles, was wir jetzt an sozialen Verbesserungen im Vertrag erreicht haben, wäre dann weg. Deshalb werben ja auch viele Gewerkschafter für eine Zustimmung zur großen Koalition, sagte der SPD-Abgeordnete, der bei einem neuerlichen Urmengang mit einer absoluten Mehrheit der CDU/CSU oder einer Neuauflage von Schwarz-Gelb rechnet: „Und ich will die FDP nicht mehr im Bundestag haben und auch nicht die AfD.“

”

Es darf nicht alles oder nichts heißen. Wir haben die Chance auf eine Politik der Veränderung“, warb auch Jusokreisvorsitzender Vinzenz Bailey für den Pakt mit der Union. Dass manche Genossen mit der Oppositionsrolle liebäugeln, kann Unterbezirksvorsitzender Kawai nicht nachvollziehen: „Die Oppositionsrolle hat der SPD nichts als eine politische Flatulenz wie nach einer großen Portion Erbsensuppe beschert.“ Die SPD sei auf einem guten Weg – mit ei-

nem guten Programm, dem „stärksten Parteivorsitzenden seit Jahren“, einem ausgezeichneten Verhältnis zu allen Gewerkschaften und einem mehr als vorzeigbaren Ergebnis bei den Koalitionsverhandlungen, listete Kawai auf. Nichts dokumentiere dies besser als ein Kommentar einer Schweizer Tageszeitung: „Die Deutschen haben bürgerlich gewählt und erhalten eine sozialdemokratische Regierung.“

Rede im Deutschen Bundestag am 28. November 2012

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Friedensmission in Darfur (UNAMID)



Unter folgendem Link können Sie die Rede von Dr. Sascha Raabe in voller Länge ansehen: <http://www.youtube.com/watch?v=132qHya6Qpk#t=188>

Pressemitteilung vom 27. November 2013

Koalitionsvertrag trägt sozialdemokratische Handschrift

Kawai, Müller und Raabe werben für Zustimmung

Nach den harten Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU zeigen sich der SPD-Unterbezirksvorsitzende Dr. André Kawai sowie die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe und Bettina Müller mit dem Ergebnis zufrieden. Kawai: „Der Vertrag trägt eindeutig die sozialdemokratische Handschrift. Die SPD hat sehr gut verhandelt. Aber im Hinblick auf das Wahlergebnis muss auch jeder wissen, dass die SPD nicht die absolute Mehrheit bei der jüngsten Bundestagswahl erreicht hat und damit auch Kompromisse gefunden werden mussten.“ Mit Blick auf den nunmehr anstehenden Mitgliederentscheid erklären alle drei übereinstimmend, dass sie ihrer Partei die Zustim-

mung empfehlen werden.

Sascha Raabe macht seine insgesamt positive Einschätzung des Koalitionsvertrages daran fest, dass viele Fragen der sozialen Gerechtigkeit aufgenommen worden seien: „Wir haben den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro verankert, wir haben die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente verankert und wir haben mehr Geld für Kommunen für Kitas und Schulen verankert. Das alles haben wir vor der Wahl versprochen, und das können wir nur umsetzen, wenn wir jetzt auch in die Regierung gehen“

Auch Bettina Müller wirbt mit Nachdruck für den Vertrag: „Ohne uns gäbe es weder Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen noch die notwendige Regulierung der Auswüchse bei der Leih- und Zeitarbeit. Es gäbe wohl auch nicht mehr Geld für die Pflege, wie es jetzt vereinbart ist, und keine Mietpreisbremse. Dieser Vertrag wird Deutschland ein ganzes Stück weit gerechter machen. Ich will, dass wir das jetzt endlich angehen.“

Unterbezirksvorsitzender Kawai begrüßt insbesondere die Entlastung von Städten, Kreisen und Gemeinden sowie die zusätzlich vereinbarten Mittel für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in Höhe von fünf Milliarden Euro. „Wir müssen dringend in die Infrastruktur

investieren“, so Kawai. In der kommenden Woche werden Bettina Müller und Sascha Raabe gemeinsam mit André Kawai den Genossinnen und Genossen im Main-Kinzig-Kreis auf verschiedenen Veranstaltungen, darunter zwei großen Mitgliederversammlungen in Hanau und Wächtersbach, den Koalitionsvertrag erläutern. Sie setzten am Ende bei aller vorhandener Skepsis auf Zustimmung, denn das Ziel ist klar formuliert: „Wir wollen, dass Deutschland in den nächsten vier Jahren besser regiert wird als zuletzt. Wenn wir Verbesserungen für die Menschen durchsetzen können, muss die SPD Verantwortung übernehmen und zwar in der Regierung“, so Kawai abschließend.